

## ANFRAGE

des Abgeordneten Johann Hechtl, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

### **betreffend „Bildungsgerechtigkeit für Lehrlinge“**

In Bezug auf die Bildungsgerechtigkeit für Lehrlinge gibt es, ausgehend von der SchülerInnenaktivität der Kärntner Fachbereichsschule, eine überparteiliche Initiativgruppe. Gegründet wurde diese Gruppe (siehe auch unter <http://www.bildungsgerechtheitauchfürlehrlinge.at/>) auf Basis einer Bürgerinitiative von Kärntner Berufsschülerinnen und Berufsschülern. In der Bürgerinitiative 51 (eingebracht am 1. Juli 2014), welche mit 4.000 Stimmen unterstützt wurde, werden die Forderungen der Initiativgruppe angeführt. Das primäre Ziel ist, eine Absenkung der täglichen Unterrichtszeit für Pflichtgegenstände von 9 auf 7 Unterrichtseinheiten bei gleichzeitiger Verlängerung der Gesamtberufsschulzeit zu erzielen. Der Zweck dabei ist, dass

- leistungsstärkere SchülerInnen Zusatzangebote in Form von Freigegenständen, Vorbereitungskursen auf die Berufsreifeprüfung und unverbindliche Übungen (Bewegung und Sport) nutzen können.
- leistungsschwächere SchülerInnen einen Förderunterricht besuchen können.

Zudem soll eine kurzfristige und nachhaltige Verbesserung für den Unterricht an den österreichische Fachberufsschulen einher gehen. Die Aufstockung der 1080 auf 1260 Unterrichtseinheiten bei Verlängerung der gesamten Berufsschulzeiten (zB von 8 auf 12 Wochen, wie es die KärntnerInnen fordern) ist auch im Regierungsprogramm auf Seite 43 als Bildungsziel verankert. Dort wurde bereits festgehalten, wie die Forderung und die nachhaltige Verbesserung des Unterrichts in Fachbereichsschulen erreicht werden kann.

Die Absenkung der täglichen Unterrichtszeit für Pflichtgegenstände und die analoge Verlängerung der Lehrgänge wurde noch nicht andiskutiert, obwohl der §10 Abs.8 des Schulzeitgesetzes nicht mehr der Unterrichtsrealität entspricht. In keiner Oberstufenform gibt es eine derartige tägliche Unterrichtsbelastung (9 bis 10 Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände) über die gesamte Woche wie an den Berufsschulen.

Durch die Verbesserung der Berufsschulausbildung wird auch die Qualifikation der FacharbeiterInnen erhöht, was sich positiv auf die Österreichische Wirtschaft auswirkt. Deshalb richtet sich diese Anfrage mit der Bitte um Beantwortung an den zuständigen Minister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft:

1. Die Bürgerinitiative Nr. 51 der Kärntner BerufsschülerInnen liegt unbehandelt seit ca. einem Kalenderjahr im "Wirtschaftsausschuss". Befürworten Sie eine Reform der einschlägigen Gesetze (z.B. BAG) im Sinne der SchülerInneninitiative?
2. Einschlägige Berichte über die Ausbildungssituation der Tourismuslehrlinge zeigen den Reformbedarf in dieser Branche. Welche Verbesserungsschritte sind von Ihrem Ministerium geplant?
3. PflichtschulabsolventInnen besetzen nicht alle freien Lehrstellen im Tourismusbereich. Sehen Sie dies als Zeichen für Reformbedarf im Sinne der Bürgerinitiative Nr. 51?
4. Der Rahmenlehrplan für 3jährige Lehrberufe schreibt im Regelfall 1260 Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände vor. Das Regierungsprogramm postuliert dieses Ziel auch für die Rahmenlehrpläne in den Lehrberufen mit 1080 bzw. 1200 Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände. Welchen Beitrag können Sie leisten, um das Regierungsziel von 1260 Unterrichtseinheiten umzusetzen?
5. Der Berufsschulalltag der österreichischen Lehrlinge ist im Regelfall durch 9-10 Unterrichtseinheiten für Pflichtgegenstände gekennzeichnet 8 Wochen hindurch. Die Kärntner BerufsschülerInnen fordern eine Verlängerung der Lehrgänge auf 12 Wochen bei Absenkung der täglichen Unterrichtsbelastungen, um auch Freigegegenstände und Förderunterricht buchen zu können. Unterstützen Sie diese Qualitätssteigerung in der Lehrlingsausbildung?
6. In der Baubranche werden produktionsbedingte betriebliche Ausbildungsdefizite durch Lehrbauhöfe individualisiert ausgeglichen. Können Sie sich ein ähnliches System auch für die Tourismusbranche vorstellen?
7. Die Tourismusbranche leidet an einem Fachkräftemangel, vor allem im Westen Österreichs. Könnte damit die Lehrlingsausbildung im Sinne der BI Nr. 51 verbessert werden, damit der Mangel an qualifizierten Nachwuchskräften behoben werden kann?



